

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende
Fondation « Assurer l'avenir des gens du voyage suisses »
Fondazione « Un futuro per i nomadi svizzeri »

Jahresbericht 2005
Rapport annuel
Rapporto di gestione

Jahresbericht 2005	3
Rapport annuel 2005	13
Rapporto di gestione 2005	24

ORGANE DER STIFTUNG

Stiftungsrat:

Präsident:

Werner Niederer*	<i>a. Regierungsrat des Kantons Appenzell-Ausserrhoden</i>	Herisau
------------------	--	---------

Mitglieder des Stiftungsrates:

May Bittel*	<i>Zigeunermission</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden</i>	Chur
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Bundesamt für Kultur</i>	Bern
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zürich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Herrenschwanden
Dr. iur. Markus Metz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Binningen
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Dr. iur. Guido Sutter	<i>Staatssekretariat für Wirtschaft</i>	Bern
Patrick Vogt	<i>Zigeunermission</i>	Lausanne

*) Mitglieder des Ausschusses

Kontrollstelle:

Eidgenössische Finanzkontrolle, Bern

Geschäftsstelle:

Dr. iur. Urs Glaus, Rechtsanwalt, Oberer Graben 44, Postfach, 9001 St. Gallen
 Tel. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-Mail info@gj-anwaelte.ch
 Internet-Zugang: www.bak.admin.ch

1. TÄTIGKEIT

1.1. Situation der Fahrenden in der Schweiz

Am 7. Juli 2003 hatte die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates ein Postulat eingereicht, mit welchem der Bundesrat eingeladen wurde, bis zum Sommer 2004 einen Bericht über die aktuelle Situation der Fahrenden in der Schweiz vorzulegen. Der Bericht wurde schliesslich am 27. Juni 2005 in die Vernehmlassung gegeben. Der Bericht des Bundesrates ist in zwei Teilberichte aufgeteilt. Der Teilbericht I befasst sich mit den Auswirkungen einer allfälligen Ratifizierung des Abkommens Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation über eingeborene und in Stämmen lebende Völker. Der Teilbericht II analysiert die Lebenssituation der Fahrenden. Die Stiftung hat eine umfangreiche Stellungnahme vorgelegt.

Der Teilbericht I zeichnet Konsequenzen einer Ratifizierung des Übereinkommens 169 auf, die massiv und unrealistisch überzeichnet sind und die tatsächlichen Verhältnisse in der Schweiz nicht berücksichtigen. Ohne fassbare Begründung werden Folgekosten einer Ratifizierung aufgelistet, welche angeblich nicht tragbar sein sollen. Im Teilbericht I wird die Auffassung vertreten, dass die Schweiz das Übereinkommen 169 nur ratifizieren dürfe, wenn die schweizerische Gesetzgebung vollständig den Vorgaben der internationalen Arbeitsorganisation genüge. Es wird vorausgesetzt, dass die Schweiz allen möglichen Anforderungen eines internationalen Übereinkommens bereits im Zeitpunkt der Ratifikation genügen müsse. Diese Auffassung ist mit der programmatischen, prozessorientierten Dimension internationaler Verpflichtungen, insbesondere im Bereich der Menschenrechte, nicht vereinbar. Tatsächlich geht es um die differenzierte Einschätzung, in welchen Punkten und in welchem Ausmass der rechtliche Reformbedarf erheblich sei. Einzig wo das geltende Recht zentralen Anliegen des Übereinkommens widerspricht und dessen Umsetzung verunmöglicht, ist eine vorgängige Anpassung nötig. In Bezug auf das Übereinkommen 169 ist dies jedoch nicht der Fall. Vielmehr würde sich die Schweiz mit einer Ratifizierung dazu verpflichten, die Ziele und pro-

grammatischen Bestimmungen des Übereinkommens im politischen Prozess kontinuierlich umzusetzen. Eine ähnliche Verpflichtung ist die Schweiz bereits mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten im Jahre 1998 eingegangen.

Nach Auffassung der Stiftung würde die Ratifizierung des Übereinkommens 169 eine politische Absichtserklärung der Schweiz zum Ausdruck bringen, die nach wie vor bestehende indirekte Diskriminierung der Fahrenden zu beseitigen. Die Stiftung und mit ihr die Fahrenden versprechen sich von einer Ratifizierung eine politische Unterstützung bei der dringend nötigen Einrichtung von Stand- und Durchgangsplätzen. Dieses Postulat steht in der Prioritätenlisten des Fahrenden Volkes an erster Stelle.

Der Teilbericht II konzentriert sich auf das Hauptproblem, mit dem Behörden, Fahrende und Sesshafte regelmässig konfrontiert sind, dem Mangel an Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende. Die Analyse des Berichts trifft in allen Teilen zu. Schlussfolgerungen werden daraus bedauerlicherweise keine gezogen mit dem Hinweis auf die „finanzpolitische Lage und den Sparauftrag des Bundes“.

Die Stiftung hat in ihrer Vernehmlassung folgende Forderungen gestellt und Anregungen unterbreitet:

- Das Raumplanungsrecht des Bundes ist so abzuändern, dass die Kantone und Gemeinden verpflichtet werden, die Richt- und Zonenplanung so auszugestalten, dass Stand- und Durchgangsplätze eingerichtet werden müssen. Der Bund soll die Einrichtung von Plätzen durch Beiträge fördern.
- Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) verkauft Grundstücke, welche für die verkleinerte Armee nicht mehr gebraucht werden. Die Stiftung erachtet es als grosse Chance, den Fahrenden auf den frei werdenden Grundstücken des VBS mit finanzieller Unterstützung des Bundes Stand- und Durchgangsplätze einzurichten.
- Die Stiftung hat weiter angeregt zu prüfen, ob nicht ein Bundesgesetz für die Förderung des Fahrenden Volkes zu schaffen sei. Dadurch würde eine ge-

setzliche Grundlage geschaffen, um Kantonen und Gemeinden für die Einrichtung von Plätzen Beiträge auszurichten.

- Stattdessen könnten auch der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende höhere Beiträge ausgerichtet werden. Die Stiftung kann für die Erstellung von Plätzen heute nur bescheidene Beiträge von höchstens 15'000 Franken in Aussicht stellen. Eine substantielle Erhöhung des Bundesbeitrages an die Stiftung auf jährlich rund 2 Millionen Franken würde Beiträge bis 40 % der Investitionskosten, allenfalls sogar Beiträge an in Einzelfällen ungedeckte Betriebskosten ermöglichen.
- Der Bund fördert heute finanziell den Bau preisgünstigen Wohnraums für Haushalte mit geringem Einkommen. Das Wohnraumförderungsgesetz gilt nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes für „alle Arten von Wohnraum“. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, dass ohne zusätzliche Mittel das Wohnraumförderungsgesetz für Fahrende nicht anzuwenden sei. Die Stiftung hat angeregt, dass in absehbarer Zeit vergleichbare Fördermassnahmen geprüft werden mit dem Ziel, den Eigentumserwerb von Standplatz-Parzellen durch Fahrende in gleichem Mass zu fördern, wie der Erwerb von preisgünstigem Wohnraum für Sesshafte gefördert worden ist.

Zurzeit bearbeiten das Departement des Innern und das Volkswirtschaftsdepartement die Vernehmlassungen.

Es ist zu hoffen, dass der Bericht des Bundesrates an das Parlament bis Mitte des Jahres 2006 vorliegt.

1.2. Gutachten „Fahrende und Raumplanung“

Die Stiftung hatte im Jahre 2001 ein Gutachten des Planungsbüros Eigenmann, St. Gallen, zum Thema „Fahrende und Raumplanung“ veröffentlicht. Die Gutachter erhoben erstmals Fakten über die Bedürfnisse von Fahrenden nach Stand- und Durchgangsplätzen. Gestützt auf diese Erhebungen ergab sich die Schlussfolgerung, dass auf dem ganzen Gebiet der Schweiz 30 Stand- und 30 Durchgangsplätze fehlen.

Ende 2005 wurde die Bestandesaufnahme der Plätze aufgearbeitet. Die Ergebnisse ergänzen das Gutachten und sind als „Standbericht 2005“ publiziert. Das Fazit ist ernüchternd. Seit dem Jahr 2000 ist nur ein einziger Standplatz mit insgesamt 7 Stellplätzen zusätzlich geschaffen worden. Bei den Durchgangsplätzen ist die Bilanz sogar negativ: Im Sommer 2000 wurden in der Schweiz 51 Durchgangsplätze betrieben (im Gutachten waren 48 Plätze erwähnt, weil die Existenz von 3 Plätzen nicht bekannt war); im Frühling 2005 existierten in der Schweiz 44 Durchgangsplätze. 2 Plätze wurden neu geschaffen, 9 Durchgangsplätze wurden zwischen 2000 und 2005 geschlossen. Die Stiftung hat 2005 den Kanton Aargau durch einen Beitrag von 15'000 Franken bei der Schaffung eines Durchgangsplatzes in Kaiseraugst unterstützt.

Abgesehen von den Bemühungen in den Kantonen St. Gallen und Freiburg, wo Konzepte für Durchgangsplätze ausgearbeitet wurden und die Realisierung wohl nur eine Frage der Zeit sein dürfte, ist bei den Gemeinden und Kantonen kein oder nur geringer politischer Wille zu erkennen, diese Situation zu verändern.

1.3. Fahrende und Schule

Die Stiftung und die Radgenossenschaft haben immer wieder festgestellt, dass die Einhaltung der Verpflichtung, dass Kinder obligatorisch die Schule zu besuchen haben, zu Schwierigkeiten geführt hat. Eine gute schulische und berufliche Ausbildung braucht nicht im Gegensatz zur fahrenden Lebensweise zu stehen. Der Stiftungsrat hat die Gemeinden mit Stand- und Durchgangsplätzen, die kantonalen Behörden, insbesondere die Erziehungsdirektionen, die Lehrerverbände und Fahrenden zu einer Tagung zum Thema „Fahrende und Schule“ eingeladen. Das Interesse war zu gering. Die Tagung musste abgesagt werden. Der Stiftungsrat wird neue Formen prüfen, um das Thema, das für die Fahrenden historisch belastet ist, offen zur Sprache zu bringen.

1.4. Politische Arbeit

Die Stiftung hat im Jahre 2005 nicht nur zum Bericht des Bundesrates über die Situation der Fahrenden in der Schweiz, sondern zu verschiedenen andern Gesetzgebungsprojekten Stellung genommen, welche die Fahrenden direkt betreffen. Im

Sommer 2005 wurde ein **Entwurf des Kulturförderungsgesetzes** in die Vernehmlassung gegeben. Die Stiftung hat insbesondere in zwei Punkten Änderungen vorgeschlagen. Der Vorentwurf des Kulturförderungsgesetzes hat vorgesehen, dass der Bund Massnahmen treffen könne, um den Fahrenden eine ihrer Kultur entsprechende Lebensweise zu ermöglichen. Dies genügt nicht. Es ist zusätzlich nötig, dass der Bund öffentlichen und privaten Grundeigentümern Beiträge für die Schaffung und den Betrieb von Stand- und Durchgangsplätzen ausrichten kann.

Nicht nachvollziehen konnte die Stiftung den Vorschlag, einerseits das Bundesgesetz vom 7. Oktober 1994 betreffend die Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“ aufzuheben und andererseits nur eine Kann-Formulierung für Förderungs-massnahmen in das Kulturförderungsgesetz aufzunehmen. Während für die Pro Helvetia eine eigene Rechtsgrundlage mit einem eigenen Bundesgesetz nach wie vor für nötig angesehen wird, sollte gemäss Vorentwurf die bestehende gesetzliche Grundlage der Stiftung abgeschafft werden. Das ist unverständlich: Die Stiftung wurde auf Initiative des Parlamentes gerade deshalb eingerichtet, damit Bund, Kantone und Gemeinden sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Fahrenden bemühen, nachdem ihnen in Jahrzehnten zuvor schwerstes Unrecht zugefügt worden war.

Die Stiftung hatte bereits im Jahre 1998 mit dem **Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)** Kontakt aufgenommen, damit Grundstücke, die zeitweise nicht für die Zwecke der Armee verwendet würden, als Durchgangsplätze zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Erfolge dieser regelmässigen Besprechungen waren bescheiden. Die guten Kontakte haben sich indessen günstig ausgewirkt, als das VBS begann, den Verkauf der Grundstücke, welche die Armee nicht mehr benötigt, vorzubereiten. Vertreter der Stiftung und des VBS haben sich zu mehreren Besprechungen getroffen, damit die Anliegen der Fahrenden bei der Veräusserung der Grundstücke auch realisiert werden. Die Stiftung hat dem VBS einen detaillierten Katalog mit Anforderungen an Grundstücke eingereicht, die sich als Durchgangs- oder Standplätze eignen. Diese Anforderungen sollen dem VBS einerseits dazu dienen, geeignete Grundstücke auszuwählen, andererseits sollen diese Kriterien Eingang in den Sachplan des Bundes finden.

Das **Baudepartement des Kantons St. Gallen** hat in langer Arbeit ein Konzept für die Einrichtung von Durchgangsplätzen in 5 der 6 MS-Regionen (MS = Mobilité spatiale; Einteilung des Gebietes der Schweiz in Mikroregionen) des Kantons ausgearbeitet. Je ein Vertreter der Stiftung und der Radgenossenschaft haben in dieser Arbeitsgruppe des Kantons mitgearbeitet. Das Konzept ist vom Regierungsrat des Kantons St. Gallen genehmigt und mittlerweile der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Auch dabei konnten die Vertreter der Stiftung und der Radgenossenschaft mitwirken.

Im Jahr 2005 hatte die Schweiz einen Bericht zur Anwendung der **Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen** zu erstatten. Mit dieser Charta hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, die Minderheitensprachen zu fördern. Dazu gehört ausdrücklich auch die Verpflichtung, Bedürfnisse und Wünsche der Gruppen, die eine territorial nicht gebundene Sprache gebrauchen, zu berücksichtigen und ihre Traditionen und Eigenarten zu achten (Art. 7 Ziff. 5 der Charta). Das Jenische gehört zu diesen territorial nicht gebundenen Sprachen. Die Fahrenden, welche jenisch sprechen, verstehen ihre Sprache als Abgrenzung gegenüber der sesshaften Bevölkerung. Das Jenische hat für viele Fahrende den Charakter einer Geheimsprache. Die Mehrheit der Jenischen ist deshalb nicht bereit, ihre Sprache den Sesshaften zugänglich zu machen. Deshalb kann mindestens zur Zeit nicht entschieden werden, wie das Jenische vom Bund gefördert werden könnte. Die Stiftung vertritt mit der Radgenossenschaft die Auffassung, dass die jenische Sprache mindestens zur Zeit sinnvollerweise nicht direkt gefördert werden soll, sondern indirekt, indem die Grundlage der Kultur, nämlich die Einrichtung von Plätzen, energisch gefördert wird. Genau dies entspricht übrigens der Empfehlung des UNO-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Ziff. 32 der Empfehlung Nr. 27 vom 16. August 2000).

Die indirekte Diskriminierung der Fahrenden tritt in vielen Formen auf: In einem zur Zeit hängigen Prozess stellt sich die Frage, ob der besondere Schutz des Mieters von Wohnraum auch für Fahrende gelte, welche ein Grundstück mieten, um ihre Wohncontainer aufzustellen. Die kantonalen Instanzen haben es abgelehnt, die mietrechtlichen Schutzbestimmungen des Obligationenrechtes auch auf Fahrende anzuwenden. Die Stiftung unterstützt die Familien von Fahrenden in diesem Pro-

zess, damit das Bundesgericht darüber entscheiden kann, ob Fahrende gleichermaßen Schutz als Mieter beanspruchen können wie Sesshafte.

2. STIFTUNGSRAT

Im Jahre 2005 ist der Stiftungsrat zu 5 Sitzungen zusammengekommen. Nebst den üblichen Geschäften hat sich der Stiftungsrat in Kontakten mit Behörden des Bundes, der Kantone und Gemeinden für die Anliegen der Fahrenden eingesetzt.

Die Mitglieder des Stiftungsrates haben in Ausschüssen und in Arbeitsgruppen an den Projekten der Stiftung mitgearbeitet.

3. STIFTUNGSAUFSICHT UND EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

Die Finanzen der Stiftung sind von der Eidgenössischen Finanzkontrolle als Revisionsstelle der Stiftung geprüft worden. Am 13. Juni 2006 hat sie dem Stiftungsrat mitgeteilt, dass die Rechnung und Buchhaltung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und sie dem Eidgenössischen Departement des Innern, welches die Aufsicht über die Stiftung ausübt, die Genehmigung der Jahresrechnung beantrage.

4. JAHRESRECHNUNG UND BILANZ 2005

Erfolgsrechnung 2005

Bezeichnung	Aufwand CHF	Ertrag CHF
Beiträge Bund		152'000.00
Zinsertrag und realisierte Kursgewinne		22'402.70
neutrale Rechnung		68'075.05
Beiträge	16'000.00	
Übersetzungen	4'423.15	
Gutachten „Fahrende und Raumplanung“	42'804.10	
Honorare	56'546.60	
Sitzungsgelder und Spesen	29'357.00	
AHV-Beiträge	1'681.80	
Courtage/Umsatzabgabe etc.	2'303.10	
Jahresbericht	5'766.00	
Revisionsstelle	2'127.90	
Buchhaltungsstelle	5'711.00	
Verwaltungsaufwand	3'111.55	
Erfolg	72'645.55	
	242'477.75	242'477.75

Bilanz 2005

Bezeichnung	Aktiven CHF	Passiven CHF
Umlaufvermögen	350'988.25	
Wertschriften	596'369.50	
Kurzfristiges Fremdkapital		16'669.30
Kursschwankungsreserve		57'000.00
Rückstellungen		75'000.00
Stiftungskapital		798'688.45
	947'357.75	947'357.75

Rapport annuel 2005

ORGANES DE LA FONDATION

Conseil de Fondation:

Président:

Werner Niederer*	<i>Ancien Conseiller d'Etat du Canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures</i>	Herisau
------------------	--	---------

Membres du Conseil de Fondation:

May Bittel*	<i>Mission tsigane</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Département de Justice, Police et Santé du Canton des Grisons</i>	Coire
Paul Fink, Dr phil.*	<i>Office fédéral de la culture</i>	Berne
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Association des Communes Suisses</i>	Herrenschwanden
Markus Metz, Dr en droit	<i>Association des Communes Suisses</i>	Binningen
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Guido Sutter, Dr en droit	<i>Secrétariat d'Etat à l'économie</i>	Berne
Patrick Vogt	<i>Mission tsigane</i>	Lausanne

*) membres du Comité

Organe de contrôle:

Contrôle fédéral des finances, Berne

Secrétariat:

Urs Glaus, Dr en droit, avocat, Oberer Graben 44, case postale, 9001 St-Gall

Tél. 071 222 10 20

Fax 071 222 10 55

E-Mail info@gj-anwaelte.ch

Accès Internet: www.bak.admin.ch

1. ACTIVITE

1.1. La situation des gens du voyage en Suisse

Le 7 juillet 2003, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national avait délivré un postulat invitant le Conseil fédéral à présenter jusqu'en été 2004 un rapport sur la situation actuelle des gens du voyage en Suisse. Ce rapport a été finalement soumis à la procédure de consultation le 27 juin 2005. Il comporte deux parties: le rapport partiel I traite des effets d'une éventuelle ratification de la Convention N° 169 de l'Organisation Internationale du Travail relative aux peuples indigènes et tribaux. Le rapport partiel II analyse la situation de vie des gens du voyage. La Fondation a présenté des déterminations extensives à ce sujet.

Le rapport partiel I évalue - de manière massivement exagérée et irréaliste - les conséquences d'une ratification de la Convention 169, sans tenir compte des conditions effectives en Suisse. Sans faire valoir de motivation compréhensible, il énumère les coûts consécutifs à une ratification, qui sont censés ne pas être supportables. Ce rapport aboutit à la conclusion que la Suisse ne pourrait de ratifier la Convention 169 que si la législation suisse satisfaisait entièrement aux dispositions de l'Organisation Internationale du Travail. On présume que la Suisse devrait satisfaire à toutes les exigences possibles d'une convention internationale déjà lors de la ratification. Cette interprétation n'est pas compatible avec la dimension programmée des obligations internationales, notamment dans le domaine des droits de l'homme. Il s'agit effectivement d'une appréciation différenciée des points et de la mesure où le besoin de réforme juridique s'impose. C'est uniquement là où le droit en vigueur est en contradiction avec des exigences essentielles de la Convention et qu'il empêche leur mise en vigueur qu'une adaptation préalable est nécessaire. En ce qui concerne la Convention 169, ce n'est toutefois pas le cas. En procédant à une ratification, la Suisse s'engagerait plutôt à mettre continuellement en vigueur dans le processus politique les objectifs et les dispositions programmées de la Convention. La Suisse avait pris déjà un engagement analogue lors de la ratification de la

Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales, en 1998.

De l'avis de la Fondation, la ratification de la Convention 169 constituerait une déclaration d'intention de la Suisse d'éliminer la discrimination indirecte dont les gens du voyage continueraient à être l'objet. La Fondation, et avec elle les gens du voyage, se promettent que la ratification leur apportera un appui politique pour l'aménagement, d'une nécessité urgente, d'emplacements permanents et d'aires de transit. Ce postulat figure au premier plan de la liste des priorités des gens du voyage

Le rapport partiel II se concentre sur le problème principal auquel les autorités, les gens du voyage et la population résidente sont régulièrement confrontés, à savoir le manque d'emplacements permanents et d'aires de transit pour les gens du voyage. L'analyse du rapport est pertinente dans toutes ses parties. Malheureusement, il n'en est pas tiré de conclusions et l'on se contente de s'en référer à "la situation de la Confédération en matière de politique financière et du mandat d'économie".

Dans ses déterminations, la Fondation a fait valoir les revendications et a soumis les suggestions suivantes:

- Le droit d'aménagement du territoire de la Confédération doit être modifié de manière que les cantons et les communes soient tenus d'aménager la planification directrice et celle des zones de manière à impliquer l'obligation d'y installer des emplacements permanents et des aires de transit. La Confédération doit promouvoir l'installation d'emplacements en versant des subventions.
- Le Département de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) vend les biens-fonds qui ne peuvent plus être utilisés pour une armée réduite. La Fondation considère comme une grande chance de pouvoir aménager, avec l'appui financier de la Confédération, des emplacements permanents et des aires de transit à l'intention des gens du voyage sur les terrains du DDPS ainsi libérés.

- La Fondation a également suggéré d'examiner s'il ne convenait pas d'élaborer une loi fédérale pour la promotion des gens du voyage. Cela constituerait une base légale pour verser des subventions aux cantons et aux communes en vue de l'aménagement d'emplacements.
- En lieu et place, les subventions versées à Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" pourraient être accrues. A l'heure actuelle, la Fondation ne peut laisser espérer que de modestes subventions de 15'000 francs au maximum pour l'aménagement d'emplacements. Une augmentation substantielle de la subvention de la Confédération à la Fondation, jusqu'à environ 2 millions de francs par an, permettrait des subventions jusqu'à 40% des coûts d'investissement, et éventuellement même des contributions aux coûts d'exploitation qui, dans certains cas, ne sont pas couverts.
- La Confédération promeut aujourd'hui financièrement la construction de logements avantageux pour les ménages à revenu restreint. La loi sur l'encouragement à la propriété du logement s'applique, selon son texte exprès à "tous les types de logements". L'administration considère qu'à défaut de ressources supplémentaires, la loi sur l'encouragement à la propriété du logement ne saurait s'appliquer aux gens du voyage. La Fondation a suggéré d'examiner dans un délai rapproché des mesures de promotion comparables avec pour objectif de promouvoir l'accès à la propriété de parcelles d'emplacements permanents par des gens du voyage dans la même mesure que l'acquisition de logements pour les résidents a été promue.

Actuellement, le Département de l'intérieur et celui de l'économie étudient les déterminations.

Il faut espérer que le rapport du Conseil fédéral sera soumis au Parlement jusqu'à la moitié de l'année 2006.

1.2. Rapport d'expertise "Les gens du voyage et l'aménagement du territoire"

En 2001, la Fondation avait publié un rapport d'expertise émanant du Bureau de planification Eigenmann, à St-Gall, sous le titre "Les gens du voyage et l'aménagement du territoire". Pour la première fois, les auteurs du rapport faisaient état de faits concernant les besoins des gens du voyage en emplacements permanents et en aires de transit. Cette enquête aboutissait à la conclusion qu'il manquait 30 emplacements permanents et 30 aires de transit pour l'ensemble du territoire suisse.

A fin 2005, l'inventaire des terrains fit l'objet d'une révision. Ses résultats complètent le rapport d'expertise et sont publiés sous le titre de „Rapport sur la situation en 2005". La conclusion est décevante: depuis l'an 2000, un seul emplacement permanent, avec au total 7 nouvelles places de parc, a été créé. En ce qui concerne les aires de transit, le bilan est même négatif: durant l'été 2000, 51 aires de transit étaient en exploitation (le rapport d'expertise faisait état de 48 emplacements, car l'existence de 3 emplacements n'était pas connue); au printemps 2005, il existait en Suisse 44 aires de transit. Deux emplacements avaient été créés, mais 9 aires de transit avaient été fermées entre 2000 et 2005. La Fondation a aidé le Canton d'Argovie en le faisant bénéficier d'une subvention de 15'000 francs pour la création d'une aire de transit dans le Kaiseraugst.

A l'exception des efforts consentis dans les cantons de St-Gall et de Fribourg, où l'on a élaboré des conceptions d'aires de transit et où leur réalisation ne devrait être qu'une question de temps, on ne décèle pas la moindre, ou alors qu'une faible, volonté politique de modifier cette situation.

1.3. Les nomades et l'école

La Fondation et la Radgenossenschaft ont constamment constaté à nouveau que l'observation de l'obligation pour les enfants de fréquenter l'école a suscité des difficultés. Une bonne formation scolaire et professionnelle n'est pas nécessairement contraire au mode de vie des gens du voyage. Le Conseil de la Fondation a invité les communes comportant des emplacements permanents et des aires de transit, les

Autorités cantonales, notamment les Directions de l'instruction publique, les associations d'enseignants et les gens du voyage à une réunion sur le sujet "Les gens du voyage et l'école". L'intérêt a été trop faible. La réunion a dû être annulée. Le Conseil de la Fondation va examiner de nouvelles formes pour discuter ouvertement du sujet, qui constitue un problème historique pour les gens du voyage.

1.4. **Activité politique**

La Fondation s'est déterminée en 2005 non seulement sur le rapport du Conseil fédéral relatif à la situation des gens du voyage en Suisse, mais également sur divers autres projets de lois qui concernent directement les nomades. En été 2005, un projet de **loi sur la promotion de la culture** a été soumis à la procédure de consultation. La Fondation a notamment proposé de modifier deux points: premièrement, l'avant-projet de la loi sur la promotion de la culture a prévu que la Confédération pouvait prendre des mesures pour permettre aux gens du voyage de mener un mode de vie correspondant à leur culture. Cela ne suffit pas. Il faut en plus que la Confédération puisse verser à des propriétaires fonciers publics et privés des subventions pour la création et l'exploitation d'emplacements permanents et d'aires de transit

La Fondation n'a pas pu comprendre la proposition, d'une part d'abroger la Loi fédérale du 7 octobre 1994 concernant la fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" et, d'autre part, de ne retenir qu'une formulation potentielle pour les mesures de promotion contenues dans la loi sur la promotion de la culture. Alors que l'on continue à estimer que Pro Helvetia doit disposer de sa propre base juridique, avec sa propre loi fédérale, le projet de loi prévoit d'abroger la base juridique existante de la Fondation C'est incompréhensible: la Fondation a précisément été instaurée à l'initiative du Parlement afin que la Confédération, les cantons et les communes s'efforcent d'améliorer les conditions d'existence des gens du voyage, après que ces derniers aient eu à subir un traitement extrêmement arbitraire durant des décennies.

La Fondation avait déjà pris contact en 1998 avec le **Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports** (DDPS) afin que les biens-fonds qui ne sont temporairement pas utilisés pour les objectifs de l'armée puissent être mis à disposition comme aires de transit. Ces discussions régulières n'ont eu qu'un résultat modeste. Néanmoins, ces bons contacts ont eu un effet positif lorsque le DDPS a commencé à préparer la vente des terrains dont l'armée n'avait plus besoin. Des représentants de la Fondation et du DDPS se sont rencontrés et ont eu plusieurs discussions pour permettre également de faire droit aux revendications des gens du voyage lors de l'aliénation des terrains. La Fondation a fait parvenir au DDPS un catalogue détaillé avec revendication des biens-fonds qui convenaient comme emplacements permanents ou comme aires de transit. Ces revendications doivent, d'une part permettre au DDPS de sélectionner les terrains appropriés et, d'autre part, d'être inclus comme critères dans le plan sectoriel de la Confédération

Le **Département de la construction du Canton de St-Gall** a élaboré, après un long travail, un concept d'aménagement d'aires de transit dans 5 des 6 régions MS (mobilité spatiale). Tant un représentant de la Fondation qu'un représentant de la Radgenossenschaft ont collaboré à ce groupe de travail. Le concept a été approuvé par le Conseil d'Etat du Canton de St-Gall et présenté entre temps au public. Dans ce cas également, les représentants de la Fondation et de la Radgenossenschaft ont pu apporter leur collaboration.

En 2005, la Suisse devait présenter un rapport sur l'application sur son territoire de la **Charte européenne des langues régionales et minoritaires**. Par cette Charte, la Suisse s'est engagée à promouvoir les langues des minorités. Cela inclut explicitement aussi l'obligation de tenir compte des besoins et des souhaits des groupes qui emploient une langue non liée à un territoire déterminé et de respecter leurs traditions et leurs particularités (art. 7, ch. 5 de la Charte). Le yéniche fait partie de ces langues non-liées à un territoire déterminé. Les gens du voyage qui parlent le yéniche voient dans leur langue une délimitation avec la population résidente. Pour beaucoup de gens du voyage, le yéniche a le caractère d'une langue secrète. C'est pourquoi la majorité des Yéniches n'est pas disposée à rendre leur langue accessible aux résidents. De ce fait, pour le moment tout au moins, on ne peut décider

comment le yéniche pourrait faire l'objet d'une promotion de la part de la Confédération. D'entente avec la Radgenossenschaft, la Fondation estime qu'il ne convient pas actuellement de promouvoir directement la langue yéniche, mais plus raisonnablement indirectement, par une promotion énergique de la base de la culture, à savoir l'aménagement d'emplacements. Cette solution correspond d'ailleurs précisément à la Recommandation du Comité de l'ONU pour l'élimination de la discrimination raciale (Ch. 32 de la Recommandation N° 27, du 16 août 2000).

La discrimination indirecte des gens du voyage revêt des formes très diverses: dans un procès actuellement en cours, la question se pose de savoir si la protection spéciale dont jouissent les locataires d'un logement vaut également pour les gens du voyage qui louent un terrain pour y installer leurs containers d'habitation. Les instances cantonales ont refusé d'appliquer également les dispositions de protection des locataires du droit des obligations aux gens du voyage. La Fondation assiste la famille de gens du voyage dans ce procès afin de permettre au Tribunal fédéral de décider si les nomades peuvent revendiquer une protection dans la même mesure que les locataires

2. CONSEIL DE LA FONDATION

En 2005, le Conseil de la Fondation s'est réuni à 5 reprises. Outre le traitement des questions usuelles, il a pris contact avec les Autorités fédérales, cantonales et communales pour appuyer les revendications des gens du voyage.

Les membres du Conseil de la Fondation ont collaboré dans des commissions et des groupes de travail à l'examen de projets de la Fondation.

3. SURVEILLANCE DE LA FONDATION ET CONTROLE DES FINANCES

Les finances de la Fondation ont été examinées par le Contrôle fédéral des finances, en tant qu'organe de révision de la Fondation. Le 13 juin 2006, il a fait savoir au Conseil de la Fondation que les comptes et la comptabilité étaient conformes aux prescriptions légales et qu'il proposait au Département fédéral de l'intérieur, qui exerce la surveillance de la Fondation, d'approuver les comptes annuels.

4. COMPTES ANNUELS ET BILAN 2005

Compte de profits et pertes 2005

Spécification	Dépenses CHF	Recettes CHF
Subventions de la Confédération		152'000.00
Produits des intérêts et bénéfices de cours réalisés		22'402.70
Compte neutre		68'075.05
Subventions	16'000.00	
Traduction	4'423.15	
Expertise „Gens de voyage et développement territorial“	42'804.10	
Honoraires	56'546.60	
Jetons de présence et frais	29'357.00	
AVS	1'681.80	
Courtage/droits de timbre, etc.	2'303.10	
Rapport annuel	5'766.00	
Organe de révision	2'127.90	
Service de comptabilité	5'711.00	
Frais administratifs	3'111.55	
Bénéfice	72'645.55	
	242'477.75	242'477.75

Bilan 2005

Spécification	Actifs CHF	Passifs CHF
Capital de roulement	350'988.25	
Titres	596'369.50	
Capital emprunté à court terme		16'669.30
Réserve pour fluctuation de cours		57'000.00
Réserves		75'000.00
Capital de la Fondation		798'688.45
	947'357.75	947'357.75

Rapporto di gestione 2005

ORGANI DELLA FONDAZIONE

Consiglio di fondazione:

Presidente:

Werner Niederer*	<i>Ex Consigliere di Stato del Cantone Appenzello Esterno</i>	Herisau
------------------	---	---------

Membri del Consiglio di fondazione:

May Bittel*	<i>Missione dei nomadi</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Dipartimento di giustizia, polizia e sanità del Canton Grigioni</i>	Coira
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Ufficio federale della cultura</i>	Berna
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurigo
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Herrenschwanden
Dr. iur. Markus Metz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Binningen
Johann Moser	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Geuensee
Dr. iur. Guido Sutter	<i>Segretariato di stato dell'economia</i>	Berna
Patrick Vogt	<i>Missione dei nomadi</i>	Losanna

*) Membri del Comitato

Ufficio di revisione:

Controllo federale delle finanze, Berna

Segreteria:

Dr. iur. Urs Glaus, avvocato, Oberer Graben 44, casella postale, 9001 San Gallo

Tel. 071 222 10 20

Fax 071 222 10 55

E-mail info@gj-anwaelte.ch

Accesso Internet: www.bak.admin.ch

1. ATTIVITÀ

1.1. Situazione dei nomadi in Svizzera

Il 7 luglio 2003 la Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Parlamento federale aveva depositato un postulato per invitare il Consiglio federale a presentare entro l'estate 2004 un rapporto sull'attuale situazione dei nomadi in Svizzera. La consultazione relativa all'avamprogetto sul rapporto è stata infine aperta il 27 giugno 2005. Il rapporto del Consiglio federale si suddivide in due parti distinte: la prima parte si occupa degli effetti di un'eventuale ratifica della Convenzione n. 169 dell'Organizzazione internazionale del lavoro «in favore dei diritti umani e territoriali dei popoli indigeni e tribali» in Svizzera; la seconda parte analizza le condizioni di vita dei nomadi. Nel quadro della procedura di consultazione la Fondazione ha presentato un esaustivo parere scritto.

La prima parte del rapporto illustra, in maniera molto esagerata e non realistica, le conseguenze di una ratifica della Convenzione n. 169, senza tener conto delle effettive condizioni esistenti in Svizzera. Senza portare a sostegno motivazioni tangibili vengono elencati i costi che risulterebbero da una ratifica, costi considerati come non ammissibili. Sempre in questa prima parte del rapporto si sostiene che la Svizzera potrebbe ratificare la convenzione solo se la legislazione svizzera soddisfacesse integralmente le disposizioni dell'Organizzazione internazionale del lavoro. Inoltre si dà per scontato che la Svizzera dovrebbe soddisfare tutte le possibili pretese di una convenzione internazionale già al momento della ratifica. Quest'interpretazione non si concilia con il carattere degli obblighi internazionali, che sono programmaticamente orientati al processo, in particolare nel settore dei diritti umani. In effetti si tratta di stimare in quali punti e in quale misura s'imponga la necessità di riforme legislative. Un adattamento preliminare sarebbe necessario unicamente laddove il diritto vigente contraddica i punti centrali della convenzione e ne renda impossibile l'applicazione. Questo non è tuttavia il caso della Convenzione n. 169. Anzi, ratificando la Convenzione la Svizzera si impegnerebbe a mettere in pratica in modo continuativo nel processo politico gli obiet-

tivi e le disposizioni programmatiche della Convenzione. Un simile obbligo è stato assunto dalla Svizzera con la ratifica nell'anno 1998 della Convenzione-quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali.

La Fondazione ritiene che la ratifica della Convenzione n. 169 equivarrebbe a livello politico a una dichiarazione d'intenti della Svizzera per eliminare le discriminazioni indirette cui continuano a essere soggetti i nomadi. La Fondazione, e con essa i nomadi, si ripromettono da una ratifica appoggio politico in favore della creazione, assolutamente necessaria, di aree di sosta fisse e temporanee. Si tratta del punto che occupa il primo posto nelle priorità dei nomadi.

La seconda parte del rapporto si concentra sul problema principale con cui devono regolarmente confrontarsi autorità, nomadi e popolazione sedentaria, ossia la mancanza di aree di sosta fisse e temporanee per nomadi. L'analisi condotta nel rapporto è perfettamente centrata, ma purtroppo, facendo riferimento alla «situazione politico-finanziaria della Confederazione e al mandato di risparmio», non ne viene tratta alcuna conclusione.

Nel parere scritto fatto pervenire nel quadro della procedura di consultazione la Fondazione ha presentato le seguenti richieste e suggerimenti:

- Il diritto sulla pianificazione del territorio della Confederazione deve essere modificato in modo che Cantoni e Comuni siano obbligati a organizzare piani direttori e piani di zona che prevedano la creazione di aree di sosta fisse e temporanee. La Confederazione dovrebbe promuovere la creazione di tali aree tramite contributi finanziari.
- Il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport DDPS vende proprietà rimaste inutilizzate a causa della riduzione degli effettivi dell'esercito. La Fondazione ritiene che questa sia un'eccellente possibilità per creare, con il sostegno finanziario della Confederazione, aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi sulle proprietà del DDPS che si libereranno.

- La Fondazione ha inoltre suggerito di considerare se non sia il caso di creare una legge per la promozione della popolazione nomade. Una simile legge porrebbe le basi giuridiche per concedere contributi a Cantoni e Comuni per la creazione di aree di sosta.
- In alternativa si potrebbero anche elargire contributi più ingenti alla Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri». Attualmente la Fondazione può promettere solamente modesti contributi di 15 000 franchi al massimo per la creazione di aree di sosta. Se il contributo della Confederazione alla Fondazione venisse aumentato in modo sostanziale, all'incirca a 2 milioni di franchi l'anno, ciò renderebbe possibile concedere contributi fino al 40 % dei costi d'investimento, ed eventualmente, in singoli casi, anche contributi ai costi di gestione scoperti.
- La Confederazione incentiva attualmente la costruzione di abitazioni a prezzo moderato per le economie domestiche con redditi bassi. La Legge federale sulla promozione dell'abitazione a prezzo moderato si applica, come si legge espressamente nel testo, «a tutti i tipi di alloggi». L'amministrazione federale ritiene che in mancanza di ulteriori risorse finanziarie la Legge federale sulla promozione dell'abitazione a prezzo moderato non potrebbe essere applicata per i nomadi. La Fondazione ha suggerito di prendere in considerazione in tempi brevi analoghe misure di promozione allo scopo di incentivare l'acquisto in proprietà da parte dei nomadi di parcelle delle aree di sosta fisse nella stessa misura in cui viene incentivato l'acquisto di alloggi a prezzo moderato per la popolazione sedentaria.

Attualmente il Dipartimento federale dell'interno e il Dipartimento federale dell'economia stanno valutando i risultati della procedura di consultazione.

C'è da auspicare che il rapporto del Consiglio federale al Parlamento venga presentato entro la metà del 2006.

1.2. Perizia «Nomadi e pianificazione del territorio»

Nell'anno 2001 la Fondazione ha pubblicato una perizia dello Studio di urbanistica Eigenmann, San Gallo, sul tema «Nomadi e pianificazione del territorio». I periti hanno raccolto per la prima volta dati attendibili sui bisogni dei nomadi quanto ad aree di sosta fisse e temporanee. In base a tale inchiesta si è giunti alla conclusione che sull'insieme del territorio svizzero mancano 30 aree di sosta fisse e 30 aree di sosta temporanee.

Alla fine del 2005 i dati sulle aree di sosta sono stati sottoposti a una revisione, i risultati della quale completano la perizia e sono stati pubblicati come «Rapporto sulla situazione nel 2005». La conclusione è deludente. Dall'anno 2000 è stata creata un sola area di sosta fissa con 7 piazzole in totale. Per le aree di sosta temporanee, il bilancio è addirittura negativo: nell'estate del 2000 erano in funzione in Svizzera 51 aree di sosta temporanee (nella perizia se ne menzionavano solamente 48, in quanto non si era a conoscenza dell'esistenza di altre 3 aree di sosta); nella primavera del 2005 ce n'erano ancora 44. Sono state create 2 nuove aree di sosta temporanee, ma ne sono state chiuse 9 tra il 2000 e il 2005. Nel 2005 la Fondazione ha sostenuto il Canton Argovia con un contributo di 15 000 franchi per la creazione di un'area di sosta temporanea a Kaiseraugst.

Con l'eccezione dei Cantoni San Gallo e Friburgo, dove sono stati elaborati concetti per le aree di sosta temporanee la cui realizzazione dovrebbe essere solo questione di tempo, non si constata per nulla o solo minimamente presso Comuni e Cantoni la volontà politica di cambiare questo stato di cose.

1.3. Nomadi e scuola

La Fondazione e la *Radgenossenschaft* hanno da sempre e a più riprese constatato le difficoltà causate dal rispetto dell'obbligo di frequenza scolastica per i bambini. Tuttavia una buona formazione scolastica e professionale non deve necessariamente stare in contraddizione con il modo di vita dei nomadi. Il Consiglio di Fondazione ha invitato i Comuni sede di aree di sosta fisse e temporanee, le autorità canto-

nali, in particolare le Direzioni della pubblica educazione, le associazioni degli insegnanti e i nomadi a un convegno sul tema «Nomadi e scuola». Purtroppo l'interesse è stato troppo scarso e il convegno ha dovuto essere annullato. Il Consiglio di Fondazione prevede ora di esaminare nuove forme per aprire il dibattito su questo tema, che storicamente ha sempre costituito un problema per i nomadi .

1.4. Lavoro a livello politico

Nell'anno 2005 la Fondazione non si è limitata al parere sul rapporto del Consiglio federale sulla situazione dei nomadi in Svizzera, ma ha anche preso posizione su altri progetti legislativi che interessano direttamente i nomadi. Nell'estate del 2005 è stata aperta la procedura di consultazione **sull'avamprogetto della Legge sulla promozione della cultura**. La Fondazione ha proposto modifiche soprattutto per quanto riguarda due punti. Anzitutto l'avamprogetto della Legge sulla promozione della cultura prevede che la Confederazione possa adottare provvedimenti per rendere possibile ai nomadi un modo di vita confacente alla loro cultura. Ciò non è tuttavia sufficiente: in più è necessario che la Confederazione possa concedere a proprietari fondiari, siano essi soggetti pubblici o privati, contributi per la creazione e per la gestione di aree di sosta fisse e temporanee.

Inoltre la Fondazione non riesce a comprendere la proposta da un lato di abolire la legge federale del 7 ottobre 1994 sulla Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri» e dall'altro di adottare solamente una formulazione non vincolante per le misure di promozione nella Legge sulla promozione della cultura. Mentre si continua a riconoscere necessaria per la Pro Helvetia una base giuridica autonoma, in base all'avamprogetto l'attuale base giuridica della Fondazione dovrebbe essere eliminata. Ciò non è comprensibile: la Fondazione è stata creata su iniziativa del Parlamento proprio per fare in modo che Confederazione, Cantoni e Comuni si impegnassero per un miglioramento delle condizioni di vita dei nomadi, dopo che essi avevano subito per anni un ingiusto trattamento.

Già nell'anno 1998 la Fondazione aveva contattato il **Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport** (DDPS) affinché pro-

prietà che momentaneamente non venivano sfruttate per l'esercito potessero essere messe a disposizione come aree di sosta temporanee. I regolari colloqui avevano tuttavia avuto un successo piuttosto modesto. I buoni contatti stabiliti hanno però portato dei frutti quando il DDPS ha cominciato a preparare la vendita delle proprietà di cui l'esercito non ha più bisogno. Rappresentanti della Fondazione e del DDPS si sono incontrati più volte per fare in modo che anche le richieste dei nomadi fossero realizzate in occasione della vendita delle proprietà. La Fondazione ha fatto pervenire al DDPS un elenco dettagliato dei requisiti che le proprietà devono possedere per essere adatte ad ospitare aree di sosta fisse o temporanee. Da un lato tali requisiti dovrebbero servire al DDPS per scegliere le proprietà adatte, dall'altro si tratta di criteri che dovrebbero entrare a far parte del piano settoriale della Confederazione.

Il Dipartimento delle costruzioni del Canton San Gallo ha elaborato un concetto per la creazione di aree di sosta temporanee in cinque delle sei regioni MS (MS = mobilità spaziale) del Cantone. Nell'apposito gruppo di lavoro del Cantone hanno collaborato un rappresentante della Fondazione e uno della *Radgenossenschaft*. Il concetto è stato approvato dal Consiglio di Stato del Canton San Gallo e nel frattempo è stato presentato all'opinione pubblica, anche in quest'occasione con la partecipazione dei rappresentanti della Fondazione e della *Radgenossenschaft*.

Nell'anno 2005 la Svizzera doveva presentare un rapporto sull'applicazione della **Carta europea delle lingue regionali o minoritarie**. In base alla Carta la Svizzera si è impegnata a promuovere le lingue minoritarie; in tale impegno rientra espressamente l'obbligo di tenere conto delle esigenze e dei desideri e di rispettare le tradizioni e le caratteristiche dei gruppi che parlano le lingue sprovviste di territorio (art. 7 n. 5 della Carta). Lo jenisch è una di queste lingue sprovviste di territorio. I nomadi, che parlano lo jenisch sprechen, interpretano la propria lingua come un modo per differenziarsi dalla popolazione sedentaria. Lo jenisch possiede per molti nomadi le caratteristiche di una lingua segreta, perciò la maggioranza degli Jenisch non è disposta a rendere la propria lingua accessibile alla popolazione sedentaria. Di conseguenza attualmente non è possibile decidere come la Confederazione potrebbe promuovere lo jenisch. La Fondazione e la *Radgenossenschaft* ritengono che, almeno per il momento, sarebbe più sensato non promuovere la lingua jenisch

direttamente bensì in modo indiretto, incentivando in modo energico la base della cultura con la creazione di aree. Questa corrisponde tra l'altro alla raccomandazione del Comitato dell'ONU per l'eliminazione delle discriminazioni razziali (n. 32 della raccomandazione 27 del 16 agosto 2000).

La discriminazione indiretta dei nomadi si può presentare in molte forme: in un processo attualmente in corso ci si è posta la questione se la particolare protezione del locatario di un alloggio valga anche per i nomadi che affittano una proprietà onde installarvi la propria casa container. Le istanze cantonali hanno rifiutato di applicare anche ai nomadi le disposizioni protettive del Codice delle obbligazioni in materia di locazione. In questo processo la Fondazione sostiene la famiglia nomade affinché sia il Tribunale federale a poter decidere se i nomadi in quanto locatori possano godere della stessa protezione della popolazione sedentaria.

2. CONSIGLIO DI FONDAZIONE

Nell'anno 2005 il Consiglio di Fondazione si è riunito cinque volte. Oltre agli affari di ordinaria amministrazione, il Consiglio di Fondazione si è impegnato in favore delle richieste dei nomadi contattando le autorità di Confederazione, Cantoni e Comuni.

I membri del Consiglio di Fondazione hanno lavorato in comitati e in gruppi di lavoro ai progetti della Fondazione.

3. AUTORITÀ DI VIGILANZA SULLE FONDAZIONI E CONTROLLO FEDERALE DELLE FINANZE

L'attività finanziaria della Fondazione è stata sottoposta a verifica dal Controllo federale delle finanze nella sua qualità di organo di revisione della Fondazione. Il 13 giugno 2006 tale organo ha comunicato al Consiglio di Fondazione che il bilancio e la contabilità sono a norma di legge e che richiederà l'approvazione del conto economico da parte del Dipartimento federale dell'interno, al quale compete la vigilanza sulle fondazioni.

4. CONTO ECONOMICO E BILANCIO 2005

Conto economico 2005

Denominazione	Costi CHF	Ricavi CHF
Contributi della Confederazione		152'000.00
Interessi e utili di cambio realizzati		22'402.70
Risultato neutro		68'075.05
Contributi	16'000.00	
Spese per traduzioni	4'423.15	
Perizia „Nomadi e pianificazione del territorio”	42'804.10	
Onorari	56'546.60	
Gettoni di presenza e spese	29'357.00	
AVS	1'681.80	
Courtage/tassa sugli scambi ecc.	2'303.10	
Rapporto di gestione	5'766.00	
Ufficio di revisione	2'127.90	
Ufficio contabile	5'711.00	
Spese amministrative	3'111.55	
Utile	72'645.55	
	242'477.75	242'477.75

Bilancio 2005

Denominazione	Attivi CHF	Passivi CHF
Capitale circolante	350'988.25	
Titoli	596'369.50	
Capitale di prestito a breve termine		16'669.30
Accantonamenti al fondo oscillazione cambi		57'000.00
Accantonamenti		75'000.00
Capitale della Fondazione		798'688.45
	947'357.75	947'357.75